

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

26.3.1904 (No. 113)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26 März.

№ 113.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Anderlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Markgraf Maximilian von Baden haben mit Höchster Entschliebung, d. d. Karlsruhe, den 21. März 1904, den Buchhalter Moiss Bauer beim Rentamt Salem auf den 1. April d. J. zum Oberbuchhalter ernannt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 19. März d. J. den Aktuar Josef Fuchs beim Amtsgericht Karlsruhe zum Gerichtsschreiber bei diesem Gericht ernannt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 19. März d. J. den Aktuar Robert Schmitt zum Gerichtsschreiber beim Amtsgericht Waldshut ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 21. März d. J. wurde Hofrat Professor Adolf Kapp in Rheinbischofsheim nach Odenheim versetzt und dem Hofrat daselbst als zweiter Beamter zugeteilt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 20. März d. J. wurde Werkmeister Moiss Adelmarn in Konstanz zum Werkstättevorsteher ernannt.

Die Zollverwaltung hat unterm 16. März d. J. den Hauptamtsassistenten Albert Kupp in Mannheim nach Donaueschingen versetzt.

Mit Entschliebung Großh. Gewerbeaufsichtsrats vom 24. d. M. wurde dem Gewerbeaufsichtskandidaten Eugen Schmitt in Balingen die etatmäßige Amtsstelle eines Gewerbeleiters an der Gewerbeschule in Mandern übertragen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Der österreichische Reichsrat

ist vertagt worden. Ein Sessionsabschnitt der längsten Sitzungen und der dünnsten Protokolle ist abgeschlossen. Das „Ja“ und „Nein“ der namentlichen Abstimmungen bildet den Hauptinhalt der stenographischen Protokolle, aber die Listen der Abstimmenden sind, von einigen wenigen Neben und kurzen Erklärungen abgesehen, noch das Lesbarste dieser Sitzungsberichte. Die wenigen Dringlichkeitsanträge, die verhandelt wurden, dienten nur als Vorwand für öde Obstruktionsreden, und die einzigen Worte, welche das Abgeordnetenhaus interessierten, waren an allen Tagen nur die des Präsidenten: Ich erkläre die Sitzung für geschlossen. Die Last der Obstruktion war von den Tschechen auf die deutschen Parteien überwältigt worden, welche in jeder Sitzung die Verschlussfähigkeit fast nur aus eigenen Mitteln zu sichern hatten. Bei dem Versuche zur Bekämpfung der Obstruktion haben sich die Deutschen vom Beginn an im Stiche gelassen. Auf der Rechten vollzog sich ein Zusammenschluß zur Unterstützung der Obstruktion. Die Frage der Delegationswahlen spaltete das Haus scharf in zwei Lager, ein deutsches und ein slavisches, und das erste Ergebnis der Verständigungsaktion war ein schwerer Konflikt zwischen Deutschen und Polen. Wenn die deutschen Abgeordneten sich nicht bereits in der vorjährigen Session wieder in eine organisierte Gemeinschaft begeben hätten, so wäre in diesen letzten Tagen der parlamentarischen Hintertreppengeschichten dieses Band zwischen ihnen geschmiedet worden. Die Beweggründe der Polen bei der Verständigungsaktion und bei dem Widerstande gegen die Delegationswahlen waren zu klar, als daß sich die Deutschen nicht hätten sagen sollen, ein geschlossenes und zielbewusstes Vorgehen sei mehr, wie je ein Gebot der sich wieder erneuert gestaltenden Situation im Parlament.

Raum hatten die deutschen Parteien die Bekämpfung der Obstruktion beschlossen, als sich auf der Rechten, und

zwar von den Südslaven bis zu den Polen, die immer nach der Arbeitsfähigkeit rufen, eine Bewegung zugunsten der Tschechen, ja sogar zugunsten der tschechischen Obstruktion zeigte. Jetzt hieß es auf einmal: Der tschechische Obstruktion darf kein Haar gekrümmt werden, und Herr v. Javorški, der Vorsitzende des Polenklubs, wurde der Schutzpatron der tschechischen Obstruktion. Um den Deutschen zu zeigen, daß man es in der Hand habe, die Obstruktion auf die linke Seite des Hauses zu schieben, wurde die Geschäftsordnungsreform in den Vordergrund gestellt, und als dieses Einschüchterungsmittel verfaßte, erschienen die Polen, obwohl ihnen bekannt war, daß die Tschechen ihre Forderungen nur gegen die Deutschen durchsetzen wollen, als Friedensvermittler zwischen Deutschen und Tschechen, tatsächlich aber als Anwälte der tschechischen Politik. Die Verweigerung der Delegationswahlen durch die Polen erhellte, was noch dunkel war an dieser Politik, und man ist nicht mehr im Zweifel darüber, daß die Polen es an der Zeit finden, im Verein mit denjenigen ihrer früheren Verbündeten, die ihnen zur Verfügung stehen, einen feindlichen Vorstoß gegen eine Regierung zu unternehmen, welche für eine Wiederherstellung der alten Rechten das stärkste Hindernis bildet. Mit der Geschäftsordnungsreform demonstrierte die Polen gegen die Deutschen, mit dem Einsprüche bezüglich der Delegationswahlen gegen die Regierung, mit der Verständigungsaktion für die Tschechen. Die Wiederaufnahme der Tagung nach den Osterferien bringt die Entscheidung.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Monat Februar 1904.

II. (Schluß.)

In der Baumwollindustrie entwickelten sich im Februar die Verhältnisse in der Weise, daß der Preis der Baumwolle im Anfang des Monats auf über 85 Pf. pro Pfund für middling america in Bremen stieg, um dann innerhalb weniger Tage bis unter 67 Pf. zurückzugehen und dann bald wieder zu steigen. Infolge dieser bedeutenden Schwankungen sind Garnkäufer zurückhaltend, und der Absatz neuer Geschäfte war erschwert. Einwärts ist die ganze Spinnerei durchgehend bis Juli unter Kontrakt und hat voll zu tun. Geübte Arbeiterinnen werden sehr gesucht. Die Weberei und Färberei von baumwollenen und wollenen Waren sowie die Leinwandweberei ist in den verschiedenen Bezirken und Branchen durchgehend genügend beschäftigt. Auch hier wird von mehreren Seiten über Mangel an Arbeiterinnen geklagt.

Von der Krawattenindustrie war die Krawattenstofffabrikation hinreichend beschäftigt, ebenso die Stoffbandfabrik. Im übrigen lag die Seidenstoffweberei darnieder, ebenso wie im Januar. In der Samtbandweberei hat die leichte Befestigung, die im Vormonat eintrat, aufgehört. Dagegen war die Beschäftigung in der Samtbandfabrikation auch im Februar schlecht. Es wird mit der Hälfte der Stühle im Durchschnitt 7/8 Tag gearbeitet.

Die Tuchindustrie hatte in den verschiedenen Bezirken durchgehend zufriedenstellend zu tun. An gelernten Arbeitskräften war kein Mangel. Die Wollene Weberei und Spinnerei meldet eine weitere kleine Besserung. In der Färberei ist mehrfach im Februar eine, wenn auch nicht bedeutende, Verschlechterung der Beschäftigung eingetreten, zum Teil infolge der Störung des Exports nach Ostasien. Aus dem Geaer Bezirk dagegen wird die Beschäftigung als außerordentlich rege bezeichnet. Die Arbeitsverhältnisse in der Stoffdruckerei waren normale.

Die Gausgarbninnerei ist nach wie vor voll beschäftigt. Arbeiterinnen waren trotz Erhöhung der Löhne schwer zu haben. In der Konfektionsindustrie ist der Februar regelmäßig ein Monat starken Geschäftsganges, da in diesem Monat die Reiseordres expediert werden. In diesem Jahre war wegen des frühen Osterfestes überdies der Saisonbeginn besonders früh. Dementsprechend war die Beschäftigung durchgängig rege, insbesondere für die Betriebe, die für den deutschen Markt arbeiten. Im ganzen war die Arbeitslage in Anbetracht der Jahreszeit als normal zu bezeichnen. Günstig waren die Verhältnisse im Februar in der Bekleidungsindustrie, in der weibliche Arbeitskräfte, besonders Näherinnen, sehr gesucht wurden.

In der chemischen Industrie lagen auch im Februar im allgemeinen normale, günstige Verhältnisse vor. Eine Abwärtsbewegung wird gemeldet für die Fabrikation von Chrom, Cerefin, Glycerin, Gelatina, so daß in Werken, welche diese Artikel fabrizieren, zum Teil Feierlichkeiten erforderlich wurden. Lebhaftige Anregung dagegen erhielten durch den Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Japan die Fabriken von Dynamit und Sprengstoffen, von Arzeneimitteln und Desinfektionsmaterialien (Glynn, Carbolsäure usw.). Das Angebot von Arbeitskräften war reichlich. In der Glasindustrie war die Arbeitslage in Anbetracht der Jahreszeit normal.

Die Papierindustrie war auch im Februar flott beschäftigt. Im allgemeinen bestand reichliches Angebot von Arbeitskräften. Gegen Ende des Monats machte sich an einzelnen Orten mit Wiederaufnahme der Schiffahrt und Wiederaufnahme der Bauarbeiten ein leichter Arbeitermangel geltend.

Im Buchdruckgewerbe besserte sich die Arbeitslage im Februar noch weiter. Zeitungsdruckereien waren sehr stark beschäftigt (Reichs- und Landtagsverhandlungen, russisch-japanischer Krieg, Geschäftsberichte der Banken), so daß im Laufe des Monats die Zahl der Arbeitslosen weiter stark herabging.

Die Arbeitslage in der Lederfabrikation war normal, für Ledertreibriemen besser als bisher. In der Lederhandschuhindustrie ist im Februar eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten, sie ist nicht ganz zufriedenstellend. Der Geschäftsgang in der Schuhwaren- und der Korsett- und Sattlerwarenindustrie (Offenbach) war etwas matt, ohne daß er einen Einfluß auf die Beschäftigung der Arbeiter gehabt hätte. Die Fabriken arbeiteten mit voller Arbeitszeit.

In der Sonnenspiegelwarenindustrie war die Nachfrage auffallend still, der Verkehr mit England war sehr gering. An männlichen Arbeitern war Ueberfluß. Mädchen und jugendliche Arbeiter waren gesucht, da die Industrie gefellelter Puppen einen lebhaften Aufschwung nimmt. In einzelnen Betrieben wurde die Arbeitszeit eingeschränkt. Die Hausindustrie war im ganzen gering beschäftigt. Die Hausindustrie wird eine Besserung der Arbeitslage gemeldet. An weiblichen Arbeitskräften besteht ständig Mangel.

Die Brauerei hatte im Februar normalen Absatz und in Anbetracht der Jahreszeit normale Arbeitsverhältnisse aufzuweisen. Arbeitskräfte wurden reichlich angeboten, jedoch nicht in ungewöhnlichem Maße.

In der Zuckerindustrie war für die Raffinerie der Absatz nach dem Inland befriedigend, nach dem Ausland, insbesondere nach England, unbefriedigend. Verfürgungen der Arbeitszeit sind bisher nicht eingetreten. Arbeitskräfte sind reichlich angeboten.

In der Brauweinindustrie ist die Produktion, wenn gleich gegenüber Februar 1903 etwas gesteigert, doch im Hinblick auf den Mangel an genügenden Beständen gering. Der Inlandabsatz in Feinbranntwein war ebenso wie der in denaturiertem Branntwein stärker als im Februar 1903, der Export wesentlich schwächer. Um eine ausreichende Befriedigung des Branntweinbedarfs beim Ausgang der laufenden Brennampagne sicher zu stellen, hat der Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten seine Mitglieder aufgefordert, ihre Brennereien frühzeitig (16. 9. 04) zu eröffnen und den Betrieb von vorzuehen in möglichst großem Umfang aufzunehmen.

Die Beschäftigung in der Zigarrenfabrikation war auch im Februar recht still. In der Weberei war das Angebot von Eccleuten, Stewards usw. etwas größer als im Januar, entsprach aber ungefähr der Nachfrage.

Die zweijährige Dienstzeit in Frankreich.

Auf 432 Seiten Text hat die unter Vertheau tätige Heereskommission ihren Bericht über die vom Senate bereits genehmigte Vorlage, betreffend die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich, erscheinen lassen. Schon die Aushebungsgefeße von 1872 und 1889 hatten im Prinzip die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und die Stellvertretung und alles, was damit zusammenhängt, beseitigt. Bekanntlich hat aber eine Reihe von Erlassen, gesetzlichen Verfügungen usw., dafür gesorgt, daß zahlreiche Ausnahmen das System der allgemeinen Wehrpflicht durchbrachen, und den Charakter des Volksherees nach deutschem Muster nicht aufkommen ließen. Demgegenüber soll nun das vorliegende Gesetz ganze Arbeit machen, indem es unter gesetzlicher Festlegung der zweijährigen Dienstzeit die ausnahmslose Abschaffung aller bisherigen schwebend geduldeten Dispensationen vollzieht und eine möglichst weitgehende Verwendung auch der körperlich minderwertigen Leute im Rahmen der gesamten Heeresausbildung verlangt. Vertheau befürchtet von der Einführung der zweijährigen Dienstzeit keine Minderung der militärischen Leistungsfähigkeit, ist vielmehr der Meinung, daß, wenn das Ausbildungspersonal entsprechend vermehrt und auf das Heeresoffizierwesen mehr Sorgfalt als bisher verwendet werde, die Kriegsbereitschaft und tatsächliche Stärke der französischen Armee eine Steigerung erfahren würde.

Ueber die Höhe der durch das neue Rekrutierungs- und Ausbildungssystem verursachten Mehrkosten gehen die Schätzungen sehr erheblich auseinander. Um eine der Härten des neuen Gesetzes nach Möglichkeit zu mildern, sollen den Angehörigen der Einberufenen, die im wesentlichen die Ernährer der Familie sind, Geldentschädigungen gewährt werden. Die Heereskommission hat diese Ausgabe auf 12 Millionen Francs veranschlagt. Dazu kämen Befeldungen des neu einzustellenden Ausbildungspersonals, wodurch die Mehrausgabe auf etwa 26 1/2 Millionen Francs erhöht werden würden. Andererseits würden durch Verkürzung der Uebungen nach Vertheau etwa 5 Millionen Francs zu erübrigen und durch die Wehrsteuer, deren Annahme die Kommission empfiehlt, eine Einnahme von 4,3 Millionen Francs zu erzielen sein, so daß sich die jährliche Mehrausgabe nur auf etwa 15 Millionen Francs stellen würde. Inwiefern hat der Kriegsminister selbst die Mehrkosten im Minimum auf 40 Millionen Francs angegeben. In der Frage der Dienstpflicht der Schüler der école Polytechnique

und der Schüler von St. Cyr will die Kommission, indem sie auch hier die zweijährige Dienstzeit fordert, auch den letzten Rest von Ausnahmebestimmungen beseitigt wissen, während der Senat gewisse Privilegien den Angehörigen der genannten Anstalten zu erhalten wünscht.

Eine weitere Neuerung betrifft die Einsetzung von Bezirks-Untersuchungskommissionen, die den späteren Untersuchungen der Revisionsräte vorarbeiten soll. Zweifellos ist dieser Punkt von nicht geringer Wichtigkeit, denn gerade in den letzten Jahren sind infolge des Bestrebens, die Cadres möglichst schnell vollzählig zu machen, Fälle von Ueberanstrengung und ungerechtfertigter Einstellung häufig genug vorgekommen, die dann die Entlassung der betreffenden Mannschaften nach sich zogen.

Neu ist ferner der Vorschlag der Wehrsteuer. Und zwar sollen der Steuer unterworfen sein alle, die auch nur wegen teilweiser körperlicher Untauglichkeit vom Dienst befreit sind, sowie diejenigen, die zwar ihrer Militärpflicht genügt haben, aber nach ihrem Uebertritt zur Territorialarmee den Nachweis nicht erbringen können, daß sie verheiratet sind oder Kinder aus legitimer Ehe besitzen. Von der Wehrsteuer befreit sollen von den unter beiden Gruppen fallenden Leuten diejenigen sein, die bereits an den Staat eine den Betrag von 10 Francs übersteigende Steuer entrichtet.

Schließlich verlangt die Kommission, daß jede Bevorzugung künftig in Fortfall kommen soll. „Es wird“, so heißt es in der Begründung zu diesem Punkte, „bezüglich der späteren Laufbahn durchaus nichts Nachteiliges haben, diejenigen jungen Leute, deren Neigungen dem Studium des Rechts, der Medizin, der Kunst oder der Literatur gelten, ein Jahr länger bei der Fahne zu halten. Die Armee wird dabei ihre Rechnung finden.“ Immerhin soll seitens der Vorgesetzten darauf gehalten werden, daß Studierende, Hochschüler usw. während der zweijährigen Dienstzeit die Qualifikation zum Reserveoffizier erwerben. Im großen und ganzen arbeitet somit der Entwurf, wie ihn die Kommission der Deputiertenkammer festgelegt hat, darauf hin, die Armee numerisch und militärisch nach Möglichkeit zu vervollkommen.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

(Telegramme.)

* Berlin, 24. März. Gouverneur Leutwein telegraphiert vom 24. März aus Windhuk: Major Gasenapp bleibt nach Meldung vom 20. März in Onjatu, zum Angriff bereit, dort stehen. Nach Meldung eines Ueberläufers sitzt die Masse der Hereros noch bei Onganjira und am oberen Swakop.

* Berlin, 25. März. Nach einem Telegramm des Gouverneurs Leutwein vom heutigen Tage, hat Major v. Etorf ab Wasserfall Okambita am 23. März gemeldet, daß er am 24. März in Okahandja eintreffen werde. Am 16. d. M. sind am Omatafberge die Hereros mit diesseitigen Verlusten von 2 Toten und 2 Verwundeten zurückgeworfen worden. Die Verluste des Feindes betragen 10 Tote. Am 19. d. M. wurde ein Hererolager überrascht; 355 Kinder und 530 Stück Kleinvieh wurden erbeutet. Die Gegend nördlich von Okahandja bis zum Omuramba ist frei vom Feinde. Große Massen Hereros befinden sich am Waterberg, am unteren Omuramba und am oberen Swakop. Nach einer weiteren Meldung des Gouverneurs ist die Kolonne des Majors v. Etorf heute in Okahandja eingetroffen.

* Berlin, 25. März. Gestern abend 9 Uhr 45 Min. fuhr für Südwestafrika 16 Offiziere und 400 Mann unter Major Seyde ab. Zum Abschied erschienen der Kronprinz und die Prinzen Eitel Friedrich und Adalbert auf dem Lehrter Bahnhof.

* Hamburg, 25. März. Die zur Verstärkung der Truppen in Südwestafrika bestimmten Offiziere und Mannschaften trafen heute früh von Berlin hier ein und begaben sich direkt an Bord des Dampfers „Seidmarshall“, wo das Frühstück eingenommen wurde. Hauptmann Sauer begrüßte die Truppen im Namen des Senats und überreichte gefüllte Zigarrentaschen und Ansichtspostkarten. Nachdem Oberleutnant Ohnesorg das Schiff und die Truppen inspiziert hatte, hielt General von Bock und Polach eine Ansprache, brachte ein Hoch auf den Kaiser aus und rief den Truppen ein „Behüt Euch Gott, Kameraden!“ zu. Die Kapelle spielte die Nationalhymne. Um halb 10 Uhr setzte sich der Dampfer in Bewegung.

Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramme.)

* Tokio, 24. März. Der Bericht des Admirals Togo teilt über die Seeschlacht bei Port Arthur am 22. d. M. mit: Es manövierte die vereinigte Flotte, wie vorgestern, in zwei Abteilungen. Die Torpedobootzerflörer bewegten sich wie befohlen vor Port Arthur von der Nacht des 21. März bis zum Morgen des 22. Obgleich unsere Torpedobootzerflörer in dieser Zeit dem Feuer des Feindes ausgesetzt waren, erlitten sie keine Beschädigungen. Um 8 Uhr morgens kam das Hauptgeschwader in Sicht von Port Arthur. Am gleichen Tage wurde die Flotte nach der Bigonbai beordert. Die Dampfschiffe „Fuji“ und „Jaschima“ erhielten Be-

fehl, eine indirekte Beschädigung des inneren Hafens vorzunehmen. Während der Beschädigung kamen die feindlichen Schiffe nach und nach aus dem Hafen heraus. Als die indirekte Beschädigung aufhörte, etwa um 2 Uhr, waren fünf russische Schlachtschiffe und vier Torpedobootzerflörer zu sehen. Wir waren der Ansicht, daß der Feind durch seine Bewegung den Versuch machte, uns an die Forts heranzubringen. Der Feind beschloß uns gleichfalls indirekt von seinen Schiffen aus. Seine Geschosse fielen zahlreich in der Nähe des „Fuji“ nieder, richteten aber auf unsere Schiffe keinen Schaden an. Etwa um 3 Uhr zogen sich unsere Schiffe vom Hafen zurück.

* Peking, 25. März. Der hiesige russische Militärattache, der gleichzeitig Militäragent für Nordchina ist, bat um einen Passagierschein, um die Orte Tschöng-tö und Tschaujang besuchen zu dürfen, wo die Truppen des Generals Ma stationiert sind. Das chinesische Auswärtige Amt lehnte das Gesuch ab. — Die chinesische Regierung ging dem Generalzolldirektor Sir Robert Hart um Rat an, da die russischen und japanischen Erklärungen über Kriegskontorende von einander abwichen. Hart empfahl der Regierung, jeden Beistand zu verhindern, der Japan gegeben werden könne, gemäß der russischen Bekanntmachung, und Rußland, gemäß der japanischen Bekanntmachung. In der Stadt wurde durch Anschläge bekannt gemacht, daß die Einwohner keiner der kriegführenden Parteien Beistand leisten dürfen.

* St. Petersburg, 25. März. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht die Ernennung des Generalstabschefs Generaladjutanten Sacharow zum Kriegsminister, und des Großfürsten Kyryll Wladimirovitch zum Chef der Marineabteilung im Stabe der Flotte im Stillen Ozean.

* London, 25. März. Die „Times“ meldet aus Peking: Der Beamte der Russisch-Chinesischen Bank, Kessler, ist zum französischen Konsularagenten in Nutschwang ernannt worden. Das russische Regierungseigentum ist ihm übergeben worden.

* Suez, 25. März. Der russische Dampfer „Malaga“, nach Odesa bestimmt, ist in den Kanal eingelaufen. Er hat 6 Offiziere und 262 Mann an Bord, die das englische Kriegsschiff „Talbot“ von dem russischen Kreuzer „Barjag“ rettete. Die Leute trugen die Kleidung und Mützen, die ihnen von den englischen Matrosen gegeben wurden.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 25. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Minister Dr. Schenk zu längerem Vortrag.

Von halb 12 Uhr ab wohnten Ihre Königlichen Hoheiten die Großherzogin und die Erbgroßherzogin dem Schlußakt der Musikbildungsanstalt im großen Saale des Museums bei.

Nachmittags unternahmen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und der Erbgroßherzog eine längere Spazierfahrt. Später hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

(Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 23. März.) Die Stadtgemeinde hat aus Anlaß ihrer Beteiligung an der deutschen Städteausstellung zu Dresden die silberne Ausstellungsmedaille zur Erinnerung an das Unternehmen erhalten. Die sehr schöne Medaille wird im städtischen Archiv aufbewahrt. — Das städtische Tiefbauamt zeigt an, daß bei der am 16. d. M. vorgenommenen Reinigung des Straßengraben in der Leopoldstraße an der Einmündung desselben in den Landgraben eine Explosion infolge Entzündung von zugeflossenen Benzin erfolgt sei. Dabei wurden zwei städtische Arbeiter unerschwerlich verletzt. Der Verzicht des Tiefbauamts wird dem Großherzog mit der Bitte vorgelegt, zum Zweck des polizeilichen Einschreitens gegen eine derartige unzulässige und höchst gefährliche Benützung des städtischen Kanalnetzes eine Untersuchung in der Sache einzuleiten. — Dem Großherzog Hoftheater wird der große Festhallaal am Karfreitag, den 1. April d. J. zur Aufführung der „Matthäuspassion“, deren Meinertrag der Pensionskasse des Hoftheaters zuzuführen soll, mietfrei zur Verfügung gestellt. — Der großen Karnevals-gesellschaft Vorleser werden die für die Benützung des großen Festhallaals zur Damenigung am 17. Januar d. J. bezahlten Kosten (Miete einschließlich der Kosten für Heizung und Beleuchtung) im Betrage von 208 M. im Hinblick auf den ungünstigen finanziellen Abschluß des Unternehmens der Gesellschaft für dieses Jahr gleichfalls ausnahmsweise rückvergütet.

(Aus den Budgetverhandlungen des Karlsruher Bürgerausschusses.) Lassen wir nachstehend, soweit es sich um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung handelt, in stark gekürzter Form das Wesentlichste folgen:

Volksschulen-Kasse. Nach kurzen Bemerkungen des Stadtv. Goldschmidt, der den Vorschlag zur Annahme empfiehlt, verliest Bürgermeister Siegrist vier aus der Mitte der Versammlung gestellte Anträge. Der erste Antrag bezweckt die Erweiterung der Schulgeldbefreiung von Familien, die mehrere Kinder in städtische Schulen schicken. — Bürgermeister Siegrist stellt eine wohlwollende Prüfung in Aussicht. Der zweite Antrag verlangt die Aufhebung des Schulgeldes an der erweiterten Volksschule. Stadtv. Will begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß man nicht schon den Volksschulkindern die sozialen Unterschiede fühlbar machen dürfe. — Bürgermeister Siegrist entgegnet, daß diese Unterschiede auch durch Abschaffung des Schulgeldes nicht beseitigt würden; weit zweckmäßiger sei es, den Unterricht an der einfachen Volksschule auszubauen, daß dieselbe (wie dies ja hier der Fall) der erweiterten Volksschule nahezu gleich stehe. Ueberdies seien auch jetzt schon an der Volksschule eine Reihe von Einrichtungen getroffen, die den Kindern unentgeltlich zur Verfügung stün-

den: Schulbäder, Schwimmunterricht, Handfertigkeit- und Instrumentalunterricht, Haushaltungsunterricht, Spielplätze und Stadtgartenbesuch. — Stadtv. Leonhard Müller spricht sich für die Aufhebung des Schulgeldes an der erweiterten Volksschule aus. Der Herr Oberbürgermeister werde vielleicht anderen Erwägungen zugänglich werden, wenn etwa infolge der nächsten Neuwahlen eine andersartige Zusammenlegung des Bürgerausschusses eintreten sollte. — Oberbürgermeister Schmeidler vernimmt sich dagegen, daß er seine Ueberzeugung ändern werde, falls einmal eine andere Mehrheit hier vorhanden sein sollte. — Stadtv. Müller erklärt, es sei ihm nichts ferner gelegen, als die Ueberzeugungstreue des Oberbürgermeisters anzuerkennen zu wollen. — Stadtv. Goldschmidt ist mit dem Oberbürgermeister der Meinung, daß es bei der Schulgeldfreiheit derjenigen Schule, deren Besuch obligatorisch sei, sein Bedenken haben solle. Gehe man darüber hinaus, so müßte auch an den Mittelschulen und Universitäten konsequenter Weise das Schulgeld abgeschafft werden. Nach weiteren Ausführungen betont Bürgermeister Siegrist, daß er für seine Person den weiteren Ausbau der einfachen Volksschule nach Kräften fördern werde.

Zur Begründung des dritten Antrages „Beibehaltung des Vergütungs des Religionsunterrichts in den Volksschulen an die Geistlichen“ führt Stadtv. Bergmann aus, man möge sich in dieser Frage nicht auf den reinen Rechtsstandpunkt stellen. — Bürgermeister Siegrist legt die Gründe dar, aus welchen man die Einstellung der Vergütung mit Wirkung vom nächsten Jahre an beschließen habe. Natürlich solle die Uebertragung nicht von heute auf morgen eintreten; deshalb sei beantragt, die Vergütung erst mit Wirkung vom 1. Januar 1905 einzustellen. — Oberbürgermeister Schmeidler: Als man die Vergütung an die Geistlichen für den Religionsunterricht einführt, gab es noch keine Kirchensteuer. Seither haben sich die Verhältnisse geändert. Die Kirchen haben jetzt das Besteuerungsrecht und können die Geistlichen für die Gewährung des Religionsunterrichts aus kirchlichen Mitteln bezahlen. Für die Stadt sei es jetzt ganz klar, daß man aus Gemeindegeldern die Kosten kirchlicher Bedürfnisse nicht mehr bestreiten könne. — Stadtv. Gutting meint, es dürften die Kirchensteuern nicht für Unterrichtszwecke verwendet werden. — Stadtv. Jemann: Der Religionsunterricht sei ein obligatorischer Unterrichtsgegenstand. Die Einstellung der Vergütung an die Geistlichen für die Gewährung dieses Unterrichts werde in der ganzen Stadt als eine geschäftliche Maßregel aufgefaßt. — Oberbürgermeister Schmeidler hat keine Bedenken dagegen, daß aus Kirchensteuermitteln solche Ausgaben gemacht werden können. Der Religionsunterricht sei nur cum grano salis obligatorisch. Wir haben Religionsfreiheit, kein Mensch kann gezwungen werden, seine Kinder in einer bestimmten Religion erziehen zu lassen. Von einer Gehaltsfrage könne in keiner Weise die Rede sein.

Zu dem 4. Antrag „Anstellung von Schulärzten betreffend“ bemerkt Stadtv. Dr. Glauß, es handle sich hier um reale Forderungen, die allseits als berechtigt anerkannt würden. Viele Städte seien mit der Anstellung von Schulärzten hinhaltend vorgegangen. Er empfehle deshalb, den vorliegenden Antrag zur geneigten Berücksichtigung. — Bürgermeister Siegrist führt aus: Der Stadtrat beschloß sich schon längere Zeit mit dieser Frage. Schon jetzt nehme ein Stadtrat an den Beratungen der städtischen Schulkommission teil. Die Forderungen, die man hinsichtlich der Anstellung von Schulärzten erhebe, seien heute viel weitgehender wie früher. Es sei völlig ausgeschlossen, daß alle Schulkinder auf Staats- oder Gemeindegeldern ärztlich behandelt würden. Andererseits aber höre man, daß die Ratschläge der Schulärzte von vielen Eltern nicht befolgt werden. Man wisse auch noch nicht, in welcher Weise man die Schulärzte einstellen solle. Bisher sei die Anstellung verschiedener Ärzte im Nebenamt verlangt worden. Der heutige Antrag verlange die Anstellung eines vollbeschäftigten Arztes. Man sehe daraus, daß die Sache noch nicht genügend geklärt sei. — Stadtrat Dr. Will erklärt, er könne von einer Ueberleitung in dieser Frage nicht mehr die Rede sein. Man wolle jetzt Tatsachen seines Erachtens müsse ein Arzt als Gemeindegewalt anerkannt werden. So gut man in Stuttgart dazu geschritten sei, einen Schularzt anzustellen, könne man sich auch in Karlsruhe dazu entschließen. — Oberbürgermeister Schmeidler bemerkt nicht, daß es Arbeit genug für einen Schularzt gebe, und je nachdem man die Aufgabe stelle, auch genug für zwanzig und dreißig. Redner bekräftigt den Antrag, soweit es sich darum handle, einen sachverständigen Berater der Schulkommission und der Lehrer zu gewinnen. Darüber hinaus sei die Sache bedeutend, man müsse zum Mindesten die Erfahrungen anderer Städte abwarten. — Stadtv. Dr. Glauß: Der Schularzt wird mit den Privatärzten nicht in Konflikt kommen, da er keine Privatpraxis ausüben dürfe. — Oberbürgermeister Schmeidler weist darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung zunächst eine Beschlußfassung des Stadtrats zu erfolgen habe. Genüge dieser nicht, so könnten die Antragsteller die Anhörung des Bürgerausschusses verlangen. — Stadtv. Stehlin erklärt, er müsse sich dagegen verwahren, als hätten die Lehrer gegen die Anstellung eines Schularztes etwas einzuwenden. — Stadtv. Dr. Glauß weist auf die Stadt Frankfurt a. M. hin, wo man 10 000 M. für die Anstellung eines Schularztes ausgetrieben habe. Für diesen Gehalt werde man Arzte ersten Ranges bekommen; als leitender Arzt des Gemeindegewalts nehme der Schularzt eine Ehrenstellung ein. In Karlsruhe werde man für 8000 M. eine bedeutende Kraft gewinnen können. — Bürgermeister Siegrist erklärt nochmals, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß er kein prinzipieller Gegner der Schulärzte sei. Er habe lediglich auf die vielerlei praktischen Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Ausführung im Wege ständen. (Fortsetzung folgt.)

(Großherzogtum Baden für Mühl.) Am Dienstag den 22. März fand im Koncertaal der Anstalt ein Vorspiel der Vereinerungsklassen statt, welchem Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin beizuhohnte. Hochsiedel gab 37er Freude über die wohlgeleitungen Vorträge der mitwirkenden Kinder dem Direktor und den anwesenden Lehrern und Lehrerinnen in gnädigster Weise zu erkennen.

(Die badische Pferdeversicherungsanstalt in Karlsruhe) hat ihren 25. Jahresbericht herausgegeben. Hiernach erstreckt sich das Versicherungsgelände der Anstalt auf Baden, Elß-Lothringen, Bayern, Hessen, Hohenzollern, Württemberg und die ganze Schweiz. Der Bestand am 31. Dezember 1903 betrug 11 721 Mitglieder, die insgesamt 17 21 Pferde mit einem Versicherungswert von 13 216 346 Mark versicherten. Die Zunahme der Mitgliederzahl betrug somit im verfloßenen Jahre 715 mit 1014 Pferden. Im Berichtsjahre waren 1174 Pferde zu entschädigen, nämlich 500 Todesfälle und 674 Unbrauchbarkeitsfälle. Die Gesamtentschädigungssumme belief sich auf 500 044,30 M. Die Schadenfälle betrafen in 752 Fällen — 64 Prozent landwirtschaftliche Betriebe. Die seit Gründung der Anstalt geleisteten Entschädigungen betragen für 12 019 Pferde M. 4 932 877.

(Sitzung der Strafkammer I vom 19. März.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Maas. Vertreter der Großherzogtum: Staatsanwalt Frhr. v. Red. — Des Betrugs im Rückfall hatte sich der Schlosser Emil Burkart aus Konstanz schuldig gemacht. Der Angeklagte wurde mit 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft bestraft. — Eine große Zahl von Provisionswindeln waren dem früheren Agenten der Versicherungsgesellschaft „Prudentia“

in Berlin, dem Kaufmann Wilhelm Ernst Johann Schwen- der aus Königsbad, zur Last gelegt. Außerdem verübte Schwender hier einen Logischwindel, wodurch ein Witt benachteiligt wurde. Der Angeklagte, der schon mehrfach vorbestraft ist, wurde unter Anrechnung von 1 Monat Unterhofsstrafe zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe ev. weitere 20 Tage Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Metier eines Paletotmachers betrieb der Gerichts- altner A. D. Heinrich Albert Ferdinand Raab aus Hannover mit Erfolg. Er hat in der Zeit vom 19. Dezember bis 2. Februar aus Gerichtshöfen und Cafés in Bismarck, Görtz, Glogau und Karlsruhe nicht weniger als 11 Heberzieher entwen- det, die mit dem in ihren Taschen befindlichen Inhalte einen Gesamtwert von etwa 850 M. repräsentierten. Das gegen Raab erlassene Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Ein Bild von seltener Gutherzigkeit und Verrohung ent- rollte die Verhandlung der Anklage gegen den Fabrikarbeiter Josef Reichert aus Karlsruhe und dessen Ehefrau Luise Reichert, geb. Kaß wegen Körperverletzung. Das Ehe- paar hatte im vorigen Jahre das drei Jahre alte uneheliche Kind der Dienstmagd Geier, dessen Vater Reichert ist, zu sich genommen und sich zur Erziehung des Mädchens bereit erklärt. Beide vernachlässigten aber ihre Erzieherpflichten in größt- möglicher Weise. Sie ließen dem Kinde nicht die notwendige Pflege angedeihen und in der Zeit vom 15. November 1903 bis an- fangs Februar d. J. sperrten sie es täglich während ihrer Ab- wesenheit in der Fabrik ohne geeignete Nahrung und Luft in eine Manfarge ein, obwohl das Mädchen am blauen Husten erkrankt war und während längerer Zeit eine ganz empfind- liche Kälte herrschte. Außerdem mißhandelte Reichert das Kind wiederholt durch Schläge mit einem Lederriemen, durch Rüsse und Stöße in rohester Weise. Das Gericht erkannte gegen Reichert auf 6 Monate, gegen die Ehefrau auf 6 Wochen Gefängnis.

v. Heidelberg, 23. März. Am 21. d. M., gegen halb 9 Uhr, wurde ein sehr glänzendes Meteor beobachtet. Die für die Beobachtung günstige Zeit läßt vermuten, daß die Erscheinung an vielen Orten gesehen wurde. Die Großh. Sternwarte. Kronom. Abt. Seidelberg, bittet daher, ihr etwaige auf das Meteor bezügliche Nachrichten behufs weiterer Bearbei- tung freundlich zuzusenden zu wollen.

* Heidelberg, 24. März. Wegen Reuberufung des Herrn Professors Dr. Endemann treten in der Nr. 37 der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten Vorlesungsanzeige (juristische Fakultät) für das Sommersemester 1904 folgende Änderungen ein: Herr Professor Dr. Endemann wird folgende Vorlesungen und Übungen abhalten: Bürger- liches Recht I und II (Allgemeiner Teil und Recht der Schuldverhältnisse); täglich von 10—11 Uhr und Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11—12 Uhr. Bürger- liches Recht III (Sachenrecht); Mittwoch bis Samstag 12—1 Uhr. Exegetische und praktische Übungen im römischen Recht für Anfänger, mit schriftlichen Arbeiten; Montag und Dienstag von 12—1 Uhr. Praktische Übungen im deutschen bürgerlichen Recht, Teil II (Sachenrecht, Familienrecht, Erbrecht), mit schriftlichen Arbeiten; Freitag von 5—7 Uhr. Einfüh- rung in die Rechtswissenschaft liest Hofrat Zell- neel Mittwoch bis Samstag von 11—12 Uhr. Deutsches bürgerliches Recht, B. G. Buch I (Allgemeiner Teil); Prof. Affolter; täglich von 9—10 Uhr, fällt aus. Deutsches bürgerliches Recht, Buch II (Das Recht der Schuldverhältnisse) liest Professor Affolter täglich von 9—10 Uhr. Politik des modernen Staates liest Hofrat Zellneel Montag und Dienstag von 11—12 Uhr. Geh. Hofrat Bugl: Übungen in bürgerlichen Recht, Teil I (Allgemeiner Teil, Schuldverhältnisse), mit schriftlichen Arbeiten; Donnerstag von 5—7 Uhr.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Zu dem schweren Unglück in Rheinau ist noch zu berichten, daß auch die beiden anderen Kinder ihren Verletzungen erlagen. In Heidenheim feierten dem „M. Mann, Volksbl.“ zufolge am Mittwoch die Land- wirt Rich. Heule in voller Körperlicher und geistiger Frische das Fest der goldenen Hochzeit. — Im Söbberlebach (Amt Triberg) wurde der Postkutschmann Ludwig Arnold tet aufgefunden. Derselbe wurde in der Trunkenheit in den Bach geraten sein. — In Triberg ist in diesen Tagen wieder- holt Schneefall eingetreten. — In Dauschingen (Amt Billingen) brannte das Leihgebäude der Zalmühle vollständig nieder. Der Besitzer, Karl Gaffa, ist versichert.

Die Mittelmeerreise des Kaisers.

(Telegramme.)

* Neapel, 24. März. Seine Majestät der Deutsche Kaiser depeßierte an König Viktor Emanuel:

Empfange meinen lebhaftesten Dank für Deine herzliche Depesche, die mich erreichte, als ich in den Hafen des schö- nen Neapel einfuhr. In der Erinnerung an die liebens- würdige Gastfreundschaft, die mir im Vorjahre in Rom von Dir, der Königin und dem italienischen Volke zuteil wurde, bin ich glücklich, Dich wiederzusehen. Dein ergebener Freund und treuer Bundesgenosse Wilhelm.

* Rom, 24. März. Seine Majestät der Deutsche Kaiser ließ durch einen von Neapel entsandten deutschen Offizier einen mit einem Band in deutschen Farben geschmückten Vorber- trags an dem Grafen König Humberts im Pantheon nieder- legen. Die „Italia“, die heute auf der ersten Seite das Bild Kaiser Wilhelms bringt, schreibt in ihrem Begrüßungs- artikel: Die Stadt Neapel und das ganze italienische Volk sehen mit besonderem Vergnügen die Ankunft eines befreundeten und verbündeten Souveräns von der Bedeutung Kaiser Wil- helms II. Wir schließen uns dem vom Präsidenten von Neapel ausgesprochenen Willkommen um so mehr an, da diese Reise in der jetzigen Lage ebenso wie die angekündigte Reise des Präsidenten Loubet ein Unterpfand des europäi- schen Friedens ist.

* Neapel, 25. März. Seine Majestät der Kaiser emp- fing auf dem „König Albert“ gestern noch den italienischen Geschwaderchef Vizeadmiral Morin, den kommandierenden General Landini und die Spitzen der Staatsbehörden. Die „Hohenzollern“ und der „Sleipner“ liegen im Kriegshafen. Das italienische Geschwader hatte bei der Einfahrt Flaggenparade. Die Mannschaften standen in Parade. Die deutsche Kolonne war dem „König Albert“ auf Dampfern entgegengefahren und begleitete das Schiff unter Hochrufen und unter Abfeuern pa- troischer Rieder in den Hafen. Das Wetter ist gut.

* Neapel, 25. März. Zu Ehren der Anwesenheit Seiner Majestät des Deutschen Kaisers hatten die italienischen Kriegsschiffe gestern Abend illuminiert. Heute vormittag fuhr der Kaiser bei prächtigem Wetter mit Gefolge, sowie mit dem Votschafter Grafen Monts, dem General v. Rakowski und dem Militärattaché Koch auf dem „Sleipner“ nach Capri, um die Insel zu

befuchen und Ihrer Königlichen Hoheit der Kron- prinzeßin von Schweden und Norwegen einen Be- such abzustatten. Nachmittags gedenkt der Kaiser nach Sorrent weiter zu fahren, um dann auf die „Hohen- zollern“ zurückzufahren.

* Bremen, 24. März. Seine Majestät der Kaiser sandte an Generaldirektor Biegand folgendes Telegramm:

Am Schluß meiner Reise auf dem mir vom Nord- deutschen Lloyd zur Verfügung gestellten Reichs- postdampfer „König Albert“ ist es mir eine Freude, Ihnen meine volle Anerkennung auszusprechen über die guten Leistungen des Schiffes, dessen umsichtige Führung und das vortreffliche Verhalten der gesamten Besatzung. Der innere Betrieb hat mir und meiner Umgebung gezeigt, in welcher Vollkommenheit auf den Schiffen des Nord- deutschen Lloyd für die Reisenden gesorgt ist. Ich bin voll befriedigt von meinem in jeder Beziehung praktisch und bequem eingerichteten Quartier, dem wohlstuen- digen und angenehmen Aufenthalt an Bord, sowie dem prä- zisen Verlauf der ganzen Fahrt, und habe dieser meiner Befriedigung durch Verleihung einer Anzahl Auszeich- nungen an die Besatzung äußeren Ausdruck gegeben, wo- rüber Ihnen nähere Nachricht zugehen wird. Für die Sorgfalt und Umsicht, sage ich dem Norddeutschen Lloyd meinen tiefsten Dank und verleihe Ihnen und dem Vorstehenden des Aufsichtsrates Mele den Orden Albrechts zweiter Klasse, dessen Insignien Ihnen zugefandt werden. Möge der „König Albert“ auch fernesthin glück- liche Fahrt haben, den Reisenden zum Genuß, dem Lloyd zur Ehre!

Wilhelm, I. R.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 25. März. Der vom Bundesrat angenommene Gesetzentwurf wegen Aenderung des Reichssteuerge- setzes (Reform des Börsengesetzes) ist dem Reichstage zu- gegangen.

* Berlin, 25. März. Die Wasserwirtschaftliche Vorlage wird dem preussischen Abgeordnetenhaus unmittelbar nach der Osterpause zusammen mit der Sekundär- bahnovorlage zugehen.

* Berlin, 24. März. Deutscher Handelstag. Der Vorsitzende kämpft befürwortet eine Resolution, daß das Vorkriegsregime beibehalten und die Unternehmung des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten, so- wie in Anteilen von Bergwerken und Fabrikunternehmungen wieder aufgehoben werde, daß ferner folgender Zusatz bzw. Aenderung der Vorkriegsresolution notwendig sei: In § 68 ist zu fügen, daß die Erfüllung nur verweigert werden kann, wenn der Schuldner vor Ablauf von drei Wo- chen dem Gläubiger gegenüber seine Weigerung schriftlich und ausdrücklich erklärt hat. Nach dem Korreferat Dr. Niebers wird diese Resolution mit der Aenderung einstimmig ange- nommen, daß die Frist für die Verweigerung der Erfüllung von Verbindlichkeiten aus einem Termingeschäft anstatt auf drei Monate auf eine Woche festgesetzt wird.

* Berlin, 24. März. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der mexikanische Zuckergoll, der bisher 15 Centavos für ein Kilogramm betrug, ist auf 2/3, Pesos für 100 Kilogramm ermäßigt worden.

* Hamburg, 25. März. Am 6. April wird durch den Dampfer „Adria“ der Hamburg-Amerika-Linie ein neuer Ständiadienst eröffnet werden, der von Stettin über Gelsingburg, Goeteborg und Christianund nach New-York geht. Ihm folgt über die gleichen Häfen der Dampfer „Wille- had“ vom Norddeutschen Lloyd und weiter in mo- nathlicher Folge abwechselnd Schiffe der Hamburg-Amerika- Linie und des Norddeutschen Lloyd. Auf der Rückfahrt werden zwischen New-York und Stettin die Häfen Christiania und Kopenhagen angefahren. Die Schiffe sind große bewährte Dampfer für kombinierte Personen- und Frachtfahrt. Sie können über 1000 Zwischenpassagiere an Bord nehmen und bieten der starken Auswanderung aus Dänemark und Schweden und Norwegen den Vorteil einer direkten Beförderung nach New-York, die bisher größtenteils indirekt unter Zeitverlusten und Schwierigkeiten nach Hull und von dort über Land nach Liverpool oder Glasgow auf englische Amerikaschiffe ging.

* Stuttgart, 25. März. Der bayerische Verkehrsminister v. Fraendorfer, der heute auf der Durchreise nach der Pfalz hier durchgekommen ist, folgt dem „Schwab. Merkur“ zufolge heute Mittag einer Einladung des Ministers des Aus- wärtigen Herrn v. Soden zum Diner und wird heute Abend von Seiner Majestät dem König in Audienz empfangen.

* Haag, 24. März. Die Zweite Kammer nahm mit 56 gegen 41 Stimmen das Gesetz an betreffend den höheren Unterricht, nach dem die Privatinversitäten, in erster Linie der salvinischen, sogenannten „freien“ Univer- sität Amsterdam, dieselben Rechte zur Ausstellung von Diplo- men für Lehret und sonstige Anstellungen gegeben werden wie den staatlichen Universitäten. Die ganze Linie stimmte, weil sie die Garantien für den wissenschaftlichen und unparteiischen Unterricht für ungenügend hielt, gegen die Vorlage.

* Amsterdam, 25. März. Der erneute Vorschlag des Mi- nisterpräsidenten Kupper, als Vermittler im Diamant- schleiserausstand tätig zu sein, ist von den Arbeitgeber- vereinigungen angenommen, jedoch von den Arbeitgebern abgelehnt worden.

* Paris, 24. März. Deputiertenkammer. Die Beratung über das Gesetz betreffend Befreiung des Unterrichts durch Ordensmitglieder nimmt ihren Fortgang. Die Rechte nicht einflussreichen von Obstruktion mittels Forderung namentlicher Abstimmungen ab. Der Ma- jorale Major bringt einen Antrag auf Streichung der acht letzten Artikel des Gesetzes ein. Kommission und Regierung erklären sich mit diesem, die Verhandlungen abfürgenden An- trage einverstanden. Die Rechte macht der Regierung den Vorwurf, gegen die Ordensgesellschaften Waffen in Anspruch genommen zu haben, die sie jetzt als unzulässig erkannt hätte, den- sie gehe jetzt auf Streichung der letzten acht Artikel des Gesetzes ein. Hierauf wurden noch mehrere Zusatzanträge zum Antrag Major eingebracht.

* Paris, 24. März. Die Budgetkommission hat die Zusatzkredite für die Marine angenommen und beschlossen, in den Bericht alle Auslagen, die vor ihr über den Zustand der Marine gemacht wurden, ohne ein Urteil darüber abzugeben. Im Lauf der Verhandlung erhob Lordroy Einspruch gegen die Weigerung Pelletans, der Kommission die verlangten Schriftstücke mitzuteilen. Präsident Doumer sprach die Meinung aus, daß es allein der Kammer zustehe, sich darüber zu äußern, denn der Minister sei nicht der Kommission, wohl aber jener gegenüber verantwortlich.

* Rom, 24. März. Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär des Meeres, Fusinato, erklärte auf eine Anfrage Santinis, die Regierung werde gelegentlich der Reise des Königs Alfons ein Geschwader nach Barcelona schicken; Marineunterstaatssekretär Aubry bestätigte dies. Santini

drückte seine Freude über die Erklärung aus und begrüßt die- sen Akt der Freundschaft gegen die Nachbarnation. Die Kam- mer beschloß, daß eine Kommission von fünf Deputierten eine Untersuchung über die Geschäftsführung des Unterrichts- ministers Rasi anstellen und der Kammer bis zum 31. Mai berichten soll. Rasi erklärte sich mit der Einsetzung des Ausschusses einverstanden.

* London, 24. März. Unterhaus. Bei der General- diskussion über die Appropriations-Bill bringen einige Redner den Wunsch der Fest in Johannesburg zur Sprache und die Wirkung, die die auf die Einführung chinesi- scher Arbeiter haben werde. Staatssekretär, für die Kolonien Lighthelm erwidert, die Behörden in Transvaal be- absichtigten in diesem Augenblicke keine solche Einfüh- rung, sie müßten denn ärztlicherseits Zusicherungen erhalten, daß sie keine Gefahren mit sich brächte. Die chinesischen Kulis würden vor der Einschiffung einer ärztlichen Untersuchung unterworfen, dann noch einmal bei der Ankunft in Südafrika.

* London, 25. März. Der „Times“ geht aus Tanger die Mitteilung zu, dort verlautete, daß der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“, Dr. Genthe, in der Nähe von Fez ermordet worden sei. Der Leichnam, der zwei Auf- wunden trug, sei 40 Meilen unterhalb Fez von Eingeborenen in einem Flußlauf gefunden worden. Diese hätten jedoch aus Furcht, des Mordes beschuldigt zu werden, die Leiche im Fluß weitertreiben lassen.

* Dorpat, 24. März. In das Ausland gedrungene Gerüchte über hier stattgehabte Studentenunruhen sind im höch- sten Grade übertrieben. Es wurden zwar einige Prokla- mationen verbreitet, doch höchstens 20 bis 30 Studenten ver- hohlet. Die Vorlesungen nehmen ununterbrochenen Fortgang.

* Konstantinopel, 23. März. Das der Pforte am 19. März überreichte Memorandum der Votschafter der Ententemächte bestätigt den Empfang der Antwort vom 17. März und bedauert, daß dieselbe nach Text und Sinn von Punkt 2 des Märzsteiger Programms abweiche. Dem- gegenüber müßten die Votschafter, da die Pforte das März- steiger Programm angenommen habe, an den in ihrem Pro- memoria vom 29. Februar gestellten Forderungen fest- halten. Die Votschafter legten der Pforte nochmals nahe, sich die ganze Verantwortung vor Augen zu halten, die sie übernimmt, wenn sie ihren Widerstand gegen die gerechten und gemäßigten Forderungen fortsetze, und hierdurch die Durch- führung der Reformen, welche für die Pazifizierung der drei Bilajets höchst wichtig sei, verzögere. Die Konsequenzen würden die Regierung in der schwersten Weise treffen.

* Konstantinopel, 24. März. Der Minister des Meeres besuchte gestern abends die Votschafter der Ententemächte und erneuerte sein Bemühen wegen Herabsetzung der Zahl der zu berufenen fremden Offiziere. Auf be- sonderes Verlangen des Sultans sollen zwei italienische Offi- ziere, und zwar Generalstabshauptmann Komei als Oberst- leutnant und Karabinierleutnant Tomassi als Hauptmann in türkische Dienste treten, jedoch in der Gendarmerie Verwen- dung finden.

Verschiedenes.

† Berlin, 25. März. Der Kapellmeister der Philharmonie, Rebecq, ist gestern nachmittag an Lungenentzündung ge- storben.

† Charlottenburg, 25. März. Bei dem Abbruch des Flora- gebäudes wurden durch einen Defekteinbruch zehn Mann verschüttet und teils schwer verletzt.

† Liverpool, 25. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Verwaltung der Cunardlinie beschlossen hat, das Tur- binensystem bei zwei Schnell dampfern anzuwenden, die dem- nächst mit Zustimmung der Regierung gebaut werden.

† Johannesburg, 25. März. Als pestverdächtig sind in Be- handlung 69 Farbige und 9 Weiße. Tot sind 50 Far- bige und 5 Weiße.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Samstag, 26. März. Abt. B. 46. Ab.-Vorst. (Mittel- preise.) „Der blinde Passagier“, Lustspiel in 3 Akten von Os- kar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 27. März. Abt. C. 46. Ab.-Vorst. (Große Preise.) „Lohengrin“, in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Better am Donnerstag den 24. März 1904.

Hamburg, Swinemünde, Breslau, Meß, Chemnitz und Mün- chen trüb, Münster ziemlich heiter, Neufahrwasser heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 25. März 1904, 7 Uhr früh.

Triest bedekt, 10 Grad; Nizza bedekt, 6 Grad; Florenz Regen, 9 Grad, Rom bedekt, 12 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 25. März 1904.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Nordosteuropä be- deudendem Maximum aus bis zu einer Depression ab, welche über Südfrankreich liegt; in Mitteleuropa wehen deshalb nord- östliche und östliche Winde und das Wetter ist bei veränderlicher Pevölkung kühl. Weiteres Anhalten des bestehenden Witte- rungsscharakters ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom.	Therm.	Relat.	Wind	Wetter
	mm	in C.	Feucht.	in mm	
24. Nachts 9 ⁰⁰ U.	748.7	4.7	48	NE	bedekt
25. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	749.5	2.9	49	NE	„
25. Mittags 9 ⁰⁰ U.	749.8	11.7	48	NE	„

Höchste Temperatur am 24. März: 8.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 2.7.

Niederschlagsmenge des 24. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 25. März: 3.74 m, gestiegen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Karlsruhe B. Das hiesige Institut Fecht (Internat und Externat) bereitet individuell nach bewährter Me- thode vor zum Einjährigen-Fährn.- u. See- kadetten-Examen, sowie für U III bis U I. Seit 1876 haben durchschn 91 v. H. der Entlassenen be- standen. Geprüfte Fachlehrer. Halbjährige Kurse. An- fertigung der Aufgaben unter Aufsicht. Kurze August- ferien. Eintritt jederzeit. Empfehlungen im Prospekt.

Festhalle Karlsruhe.

Karfreitag, den 1. April 1904

Passions-Musik

nach dem Evangelisten Matthäus
von Johann Seb. Bach.

In zwei Teilen.

Anfang des Ersten Teiles: 1/3 Uhr nachmittags. Ende: 1/5 Uhr nachmittags. Anfang des Zweiten Teiles: 6 Uhr abends. Ende: nach 8 Uhr abends. Eröffnung des Hauses: 1/2 Uhr nachmittags.

Ausführende:

Sopran-Solo: Fräulein Margarete Brandes (vom Hoftheater in Mannheim). Alt-Solo: Fräulein Rosa Eshofer. Tenor-Solo: Herr Robert Hunt. Bass-Solo: Herr Hans Keller.

Evangelist: Herr Max Pauli. Christus: Herr Max Büttner. Pilatus: Herr Jan van Gorkom. Petrus: Herr Adolf Bodenmüller. Judas: Herr Paul von Bongardt. Hoher Priester: Herr Peter Lordmann. Pilati Weib: Fräulein Käthe Warmersperger. Zwei falsche Zeugen: Frau Magdalena Bauer und Herr Wilhelm Wurm. Zwei Mägde: Fräulein Frieda Meyer und Fräulein Leopoldine Gröninger. Zwei Priester: Herr August Haag und Herr Albert Böhlinger.

Orgel: Herr Fritz Stein von Heidelberg.

Chor: Eingeladene Damen und Herren. Die Mitglieder der Karlsruher Liederhalle. Der Hoftheaterchor. (400 Stimmen.) Ein Knabenchor.

Orchester: Das verstärkte Hoforchester.

Direktion: Herr Albert Gortex.

Die bei der Aufführung zur Verwendung gelangende Orgel ist Opus 940 der Firma H. Voit & Söhne in Durlach.

Preise der Plätze: 6, 5, 4, 3, 2, 1.50, 1 Mk.

Den Besuchern der Aufführung ist vom Stadtrat der unentgeltliche Besuch des Stadtparkes während der Konzertsaison gewährt.

Der den Besuchern verbleibende Billetabschnitt ist gut aufzubewahren, da solcher beim Wiedereintritt nach der Pause vorzulegen ist.

Der Verkauf der Eintrittskarten und Textbücher (à 10 Pf.) findet statt und zwar:

für die ungeradnumerierte Plätze und linksseitigen Stehplätze bei Hofmusikalienhändler Hugo Kunz, Kaiserstr. 114, für die geradnumerierte Plätze und rechtsseitigen Stehplätze bei Musikalienhändler Fr. Doert, Kaiserstr. 159, und am Aufführungstage von 1/2 Uhr ab in der Festhalle.

Mammern

am Bodensee Wasserheilstalt Schweiz 410 m.
Sanatorium für Nerven- und innere Krankheiten.

Heilfaktoren: Mediz.-wissenschaftl. Behandlung im Allgemeinen; mildes Wasserheilverfahren, Elektrizität, Lichttherapie, Massage, rationale Lebensweise. Terrainkurwe. Reizende Lage in grossem, seumspülten Parke. — Prospekt franko. — Eröffnung 5. April. S. 797.2. Besitzer und Arzt: Dr. O. Ullmann.

Frühjahrs- und Sommersaison

die neuesten Stoffe, nur bestes in- und ausländisches Fabrikat, zur Anfertigung feiner Herrenkleider eingetroffen sind.

Garantie für eleganten und bequemen Sitz
A. Hunsinger, Schneidermeister,
Herrenstrasse 33.

Geschäft für feinste Herrenkleider.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

vormalig Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Abteilung für nach den Rechnungs-Ergebnissen wachsende Leibrenten. Gemäß § 194 der Statuten von 1863 werden die Besitzer der nachbenannten Rentencheine ersucht, die rückständigen Renten zu erheben.

Der Mitglieder	Rentenschein			
	Namen	Geburtsort	Abzahlungsfalligkeit	Klasse Nr.
a. Erstmalige Aufforderung. Renten rückständig seit 1900				
Mann, Rudolf	Kuenheim	1835	Ia	2854
Wabo, Stephanie geb. Holzer	Beuern	1840	IIa	3864
b. Zweite u. letzte Aufforderung. Renten seit 1899 u. früher rückständig.				
Malsch, Frieda geb. Schmitt	Nastatt	1837	Ia	1333/9
Bürkel, Friedrich	Grafenhausen	1857/8	Ia	13
Grieshaber, Berthold	Furtwangen	1867/9	Ib	748

Karlsruhe, im März 1904.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit
vormalig Allgemeine Versorgungs-Anstalt.



„ADLER“



Das beste Fahrrad!
Wunderbar leichter Lauf

Die feinste Marke!
Grösste Verbreitung.

Adler-Fahrradwerke vorm. Heinrich Kleyer, Frankfurt am Main.
Fabrikation: Fahrräder, Motorwagen, Schreibmaschinen u. Motor-Zweiräder.
Viele höchste Auszeichnungen. Staatsmedaillen etc.

Fabrik-Niederlage: Alwin Vater (Inh. Ad. Brecht), Zirkel 32, Fernspr. 1451.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank, Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Aktiva.	Bilanz vom 31. Dezember 1903.	Passiva.	
Wechsel der Aktionäre	2 250 000	Aktien-Kapital	3 000 000
Grundbesitz	418 713	Prämienreserven für	
Hypotheken	18 999 640	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	6 028 86
Wertpapiere	743 638	2. Kapitalversicherungen auf den Lebensfall	14 333 580
Guthaben			14 339 609
1. bei Banthäusern	694 355	Prämienüberträge für	
2. bei anderen Versicherungsunternehmungen	681 21	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	6 028 86
Gesamte Prämien	695 036	2. Kapitalversicherungen auf den Lebensfall	1 216 387
Rückständige Zinsen u. Mieten	557 578		1 222 416
Kassafonds bei Generalagenten	37 849	Reserven für schwebende Versicherungsfälle	1 106 65
Barer Kassenbestand	71 561	Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	544
Inventar	17 395	Gewinn	233 956
	11 219		18 802 632
		Gesamtbetrag	18 802 632
Gesamtbetrag	18 802 632		

Der Aufsichtsrat:
C. F. Hedderich, Vorsitzender.

Der Vorstand:
F. Friedrichs.

Deutscher COGNAC
per 1/2 Liter Fl. M. 1.50 incl. Glas bei 0902.9
Karl Baumann,
Akademiestr. 20.

Achtung! Nächste Grosse Geld-Lotterie
der Krankenpflege-Anstalten vom Roten Kreuz, Strassburg i. E.
Ziehung garantiert II. u. 12. April.
6052 Bargewinne ohne Abzug M. 70000
1 Hauptgew. M. 20000
1 Hauptgew. M. 10000
1 Hauptgew. M. 5000
u. 6049 Gew. M. 35000
Los 1 M. 11 Lose 10 Mk.
11 Lose 25 Pf.
versendet das General-Debit J. Stürmer, Strassburg i. E.
Carl Götz, Hebelstrasse 11/15.

Bekanntmachung.
Aus den Erträgen des im Jahre 1904 der im Besitze der Stadtgemeinde Baden-Baden befindlichen Stiftung des am 13./25. Februar 1893 zu St. Petersburg verstorbenen Rentners Heinrich Julius Nikolaus Beer aus St. Petersburg stehen ca. 3000 M. zur Verfügung, welche an Abkommen der verstorbenen Schwester des Stifters, Adelheid geborene Beer, gewesene Ehefrau des Dr. med. Samuel Wagenheim zu Niga in Livland, sofern dieselben an einer badiischen Universität ihre Studien machen, als Stipendien gegeben werden sollen. Der verfügbare Betrag soll zu zwei Stipendien Verwendung finden. S. 879.2.
Soweit der erwähnte Betrag wegen Ausfalls des Stipendiums nicht in Anspruch genommen wird, muß die Hälfte davon an etwa sich meldende, arme Angehörige der Familie des Stifters abgegeben werden.
Die Gesuche um Zuwendungen aus der Beer'schen Stiftung sind an den Stadtrat in Baden-Baden zu richten und spätestens bis 1. Mai 1904 einzureichen. Denselben sind die amtlichen Nachweise über die Zugehörigkeit zur Verwandtschaft des Stifters beizufügen.
Wenn auf Armenunterstützung Anspruch gemacht werden will, ist ausserdem die Bedürftigkeit nachzuweisen. Baden-Baden, 11. März 1904.
Der Stadtrat:
Fischer, Schemenau.

Landhäuser
jeweils 4 Zimmer und Küche enthaltend, im Preise von 10000 und 12000 Mark, schön gelegen, mit grossen Gärten und Hüthof, in der Nähe Freiburgs i. B. auf sofort zu verkaufen. Anfragen unter F. F. 4109 an Rudolf Mosse, Freiburg i. B.

Bürgerliche Rechtskreite.
Öffentliche Zustellung einer Klage. S. 927. 2. Nr. 13 038. Forstheim.
1. Gustav Adolf Söhle, uneheliches Kind der Marie Söhle hier, vertreten durch die letztere als Vormünderin.
2. Marie Söhle, ledige Polizeufrau hier, Klagen gegen den Maurer Marius Leggus, früher zu Forstheim, zurzeit an unbekanntem Orte, auf Grund der Bestimmungen §§ 1708 und ff. § 1715 B.G.B. mit dem Antrage auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung einer im Voraus am ersten jeden Kalendervierteljahres fälligen Geldrente von vierteljährlich 65 M. vom Tage der Geburt, d. i. 11. Januar 1904 bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahre an den Kläger Ziff. 1 und 85 M. Kosten der Entbindung und des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung an die Klägerin Ziff. 2.
Die Kläger laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Forstheim auf Donnerstag, den 5. Mai 1904, vormittags 8 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Forstheim, den 18. März 1904.
Lohrer, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
S. 593. Nr. 5344. Waldshut.
Ueber das Vermögen des Adolf Stefan Landolt, früher Pfarrer in Muggenwil, jetzt an unbekanntem Orte abwesend, wurde heute am 24. März, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da ein Gläubiger den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt hat und auch Zahlungseinstellung erfolgt ist.
Der Gemeindevorsteher Theodor Bornhauser hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 8. April 1904 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 19. April 1904, vormittags 10 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitze haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindevorsteher zu verbergen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8. April 1904, Anzeige zu machen.
Waldshut, den 24. März 1904.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Bausch.

Bekanntmachung.
S. 972. Lörach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Henrich & Kaufmann in Etten ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussrechnung auf
Dienstag, den 26. April 1904, vormittags halb 12 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst — Zimmer Nr. 3 — bestimmt.
Lörach, den 24. März 1904.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Kimmig.

Bekanntmachung.
S. 968.2.1. Nr. 2329. Meßkirch.
Der Landwirt Wendelin Schwanz in Weuren, Amts Meßkirch, hat beantragt, seine am 4. November 1863 zu Schwenningen, Amts Meßkirch, geborene, jetzt verheiratete Schwester, Theresia Schwanz, zuletzt wohnhaft in Areenheinstetten, für tot zu erklären. Die bezeugte Verheiratete wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 3. November 1904, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.
Meßkirch, den 21. März 1904.
Großh. Amtsgericht.
Gz. Dr. Kamp.

Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Maurer.
S. 957.2. Nr. 6861. Mosbach.
Großh. Amtsgericht hier hat heute folgendes Aufgebot erlassen: Louis Ziegler in Wiesloch, Jakob Ziegler in Eberbach und Karl Ziegler in Ochsersheim haben den Antrag gestellt,